



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens, Nr. 11

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

# Mitteilungen

## der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens

Nr. 11	Verantwortlich: <b>Carl Georg Bruns</b> Schriftleitung: <b>Bromberg, Welzienplatz 1 III</b> Fernruf Nr. 321	21. Mai 1919
--------	---	--------------

Inhalt: Glossen — Materialien zur ostdeutschen Frage: Westpreußen in seinem Verhältnis zu Polen — Wohin gehört der Nekebisdistrikt? (Fortsetzung) — Aus den deutschen Volksräten — Pressestimmen — Kleine Nachrichten.

### Glossen zum Tage

In fremden Räumen, in einem Notquartier, hat sich die Vertretung der Nation zusammengefunden, wie eine letzte Schar Getreuer sich zusammenschließt, wenn das Vaterland in höchster Gefahr ist. Alle sind erschienen, bis auf die Elsaß-Lothringer, denen man das Recht hier vertreten zu sein jetzt schon abgenommen hat, wie ihnen das Recht genommen werden soll in freier Abstimmung ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben, und wenn ich in Ihren Reihen Kopf an Kopf die Vertreter aller deutschen Stämme und Länder sehe, die Erwählten vom Rheinland, vom Saargebiet, von Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesiens, von Danzig und von Memel, neben den Abgeordneten der unbedrohten die Männer aus den bedrohten Ländern und Provinzen, die — wenn der Wille unserer Gegner zum Gesetz wird — zum letzten Male als Deutsche unter Deutschen tagen sollen, dann weiß ich mich von Herzen eins mit Ihnen, in der Schwere und Weihe dieser Stunde über der nur ein Gebot stehen darf: Wir gehören zusammen, wir müssen beieinander bleiben, wir sind ein Fleisch und ein Blut und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volkes! . . . .

Ich frage Sie, wer kann als ehrlicher Mann — ich will gar nicht sagen als Deutscher — nur als ehrlicher, vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fessel legt? (Aus der Rede des Reichsministerpräsidenten Scheidemann vom 12. Mai 1919 vor der Nationalversammlung.)

Und jetzt wende ich mich an unsere Feinde in einer Sprache, die auch sie verstehen und sage: Memores estote, inimici, ex ossibus ultor. Auch in Zukunft werden deutsche Frauen Kinder gebären und diese Kinder werden die Sklavenketten zerbrechen und die Schmach abwaschen, die unserem deutschen Antlitz zugefügt werden soll. Für uns gilt wie in glücklichen Tagen so auch heute das Wort, das niemals der Ausdruck selbstfüchtiger Überhebung, sondern immer nur der tiefen Liebe zu unserer Heimat war: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!

(Präsident der Nationalversammlung Fehrenbach in der Sitzung vom 12. Mai 1919.)

## Materialien zur ostdeutschen Frage

### Westpreußen in seinem Verhältnis zu Polen

Polen, Westpreußens Hinterland, ist wasserreich, doch verkehrssarm. Polen und Westpreußen sind durch die Weichsel miteinander verknüpft. Sie stellt eine große natürliche Verkehrsader dar. Ihre Zuflüsse durchdringen Polen tief ins Land hinein. Den preußischen Ostprovinzen (Schlesien, Posen, West- und Ostpreußen) stehen nicht so viel Wasseradern (auf 100 Quadratkilometer 2,3 Kilometer) für den Verkehr zur Verfügung wie Polen (3,6 Kilometer). Trotzdem beträgt ihre Leistungsfähigkeit hier nur etwa den zehnten Teil gegenüber Preußen (260 Tonnen auf einen Kilometer Wasserlauf gegen 2590 Tonnen), denn für die Schiffbarkeit wird nichts getan. Selten trifft man in den Städten Vollwerke an, und dann nur auf geringe Strecken. Selbst die Weichsel fließt unreguliert dahin und bietet der Dampfschiffahrt die größten Hindernisse dar. Weil in Polen nichts für die Ströme getan wird, darum hängt auch die Regulierung der preußischen Weichsel in der Luft. Die preußische Weichsel vermag nicht das zu leisten, was von ihr zu erwarten ist.

Wie die Wasserstraßen Polens für den Verkehr nicht ausgenutzt werden können, so genügen die Wege zu Lande in keiner Weise. Durch Straßen und Eisenbahnen ist nur wenig für die Erschließung des Landes getan. An guten Verkehrswegen weisen die preußischen Ostprovinzen auf gleichem Raum das Fünffache auf (34,6 Kilometer gegen 6,9 Kilometer auf 100 Quadratkilometer). Ebenso ist das Verhältnis bei den Eisenbahnsträngen (11,8 Kilometer zu 2,7 Kilometer) und im Eisenbahnfrachtverkehr (77 700 Tonnen zu 15 800 Tonnen). Dabei ist Polen ein kleines, volkreiches Land. Seine Größe entspricht der der preußischen Ostprovinzen, und dieses Land ist dichter besiedelt als Westpreußen. Es zählte schon 1897 auf einen Quadratkilometer 74 Einwohner, während in Westpreußen heute nur durchschnittlich 66 auf gleicher Fläche wohnen.

Die polnische Bevölkerung treibt hauptsächlich Landwirtschaft, der besonders im Süden fruchtbarer Boden zur Verfügung steht. Die Industrie ist gering. Außer auf Bergbau- und Hüttenwesen stützt sie sich nur auf Erträgnisse aus Ackerbau und Viehzucht. Neben Branntwein- und Bierfabriken ist vor allem die Zuckerindustrie zu nennen. Doch leistet eine deutsche Zuckerfabrik durchschnittlich so viel wie zwei polnische (1901 erzeugten 51 polnische Fabriken 115 000 Tonnen, 1902 393 deutsche Fabriken 1 900 000 Tonnen). In Westpreußen blüht die Zuckerherstellung besonders, Culmssee hat die größte Zuckerfabrik der Erde. Leinen- und Tuchfabriken stammen meist von Deutschen. Fast die gesamte polnische Industrie ist fremdem Fleiß zu danken, insbesondere deutschem. In Polen kamen 1913 auf 100 Leute der Gesamtbevölkerung 5,5 Deutsche, in den Industriegebieten bis zu 30 (Łódź). Von fast 10 Millionen Einwohnern arbeiteten 1912 etwa 300 000 in der Industrie. Der Wert des Ackerlandes in Polen ist an preußischen Verhältnissen gemessen gering. In Westpreußen hatte der Boden vor dem Kriege durchschnittlich den dreifachen Wert gegenüber Polen (1140 Mark zu 330 Mark beim Groß-, 1465 Mark zu 405 Mark beim Kleingrundbesitz für einen Hektar. Und das erklärt sich sehr einfach.

Der Ackerbau wird nicht ausgenutzt. Der deutsche Bauer holte an Feldfrüchten aus seinem Boden viel mehr heraus als der polnische. An Roggen, Gerste, Hafer und Kartoffeln brachte deutscher Boden anderthalbmal mehr als polnischer, an Weizen und Rüben gar das Doppelte. So verdiente auch der polnische Landarbeiter in Preußen etwa das Doppelte von dem, was er in Polen erhalten konnte.

Man hat berechnet, wieviel Feldfrüchte mehr die Polen schaffen könnten, wenn ihre Landwirtschaft mit der deutschen (zum Beispiel in der Provinz Posen) gleichen Schritt hielte. Da fehlt den Polen sehr viel. In dem Land von der Größe unserer vier Ostprovinzen bleiben die Ackerertragnisse so weit zurück, daß die volle Jahresernte 1912 von dreien, nämlich Posen, West- und Ostpreußen, an Weizen (585 000 Tonnen), Gerste (583 000 Tonnen), Hafer (1 395 000 Tonnen) und Kartoffeln (9 668 000 Tonnen) nötig wäre, um den Ausfall zu decken. Für Roggen (1 843 000 Tonnen) und Zuckerrüben (1 114 000 Tonnen) genügten als Ersatz noch nicht die Ernten von Ost- und Westpreußen.

Wie der Ackerbau gegen Deutschland einen außerordentlichen Tiefstand aufweist, so auch die Viehzucht. Mit der Bewohnerzahl verglichen hat Westpreußen Polen gegenüber den doppelten Bestand an Pferden (157 zu 88 auf 1000 Einwohner), den dreifachen an Rindern (413 zu 150), den vierfachen an Schafen und Ziegen (288 zu 67) und den dreizehnfachen an Schweinen (540 zu 39).

Die Löhne in der Landwirtschaft sind etwa halb so hoch wie für polnische Saisonarbeiter in Preußen.

Der Grund für diesen Tiefstand bei so zahlreicher Bevölkerung ist darin zu suchen, daß die polnische Bevölkerung nicht zur Arbeit erzogen ist. Sie besitzt in ihrer erdrückenden Mehrheit nicht den Trieb, mehr zu schaffen, als für ihr eigenes, notdürftiges Durchkommen erforderlich ist. Sie lebt in Armut und Bedürfnislosigkeit dahin. Was an Werten geschaffen wird, geschieht überwiegend durch Ausländer (besonders Deutsche) und Juden.

Daß die Bevölkerung den Wert der Arbeit nicht erkannt hat, nimmt nicht wunder. Wie einst das deutsche Volksschulwesen einen starken Antrieb seitens der Landwirte erhielt, weil nur ein gebildeter Bauer, Arbeiter und Tagelöhner das Verständnis dafür haben kann, durch Neuerungen seine Arbeit fruchtbringender zu gestalten, so erklärt sich der Tiefstand Polens aus der Unbildung des polnischen Volkes. Während in Westpreußen von 1000 Einwohnern nur 5 weder lesen noch schreiben konnten, und das waren zumeist zugewanderte Polen, sind es in russisch-Polen mehr als die Hälfte, nämlich 590. Von 1000 Einwohnern besuchten in Westpreußen 186 die Volksschule, in Polen nur 28. Eine Fachschule entfällt bei uns auf 5000 Einwohner oder 76 Quadratkilometer Landes, in Polen auf das fünfzehnfache, nämlich 75 500 Einwohner oder 775 Quadratkilometer.

Ein Land mit so wenig schaffender Bevölkerung wie Polen kann natürlich nur geringe Kulturaufgaben erfüllen. Die Sozialversicherungen sind in Polen erst in der Einführung. Die Unfallversicherung gilt nur für gewerbliche Betriebe mit mehr als dreißig Arbeitern ohne Triebkraft oder mehr als zwanzig Arbeitern mit Triebkraft. Landwirtschaftliche und Bauarbeiter sind ganz ausgeschlossen. Es besteht indes kein Zwang, der Unternehmer kann selbst entschädigen. Doch muß bei Ansprüchen erst die Schuld des Besitzers nachgewiesen werden, außer der Beschädigte gehörte zu Fabriken, Bergbau- und Hüttenwerken mit mehr als sechzehn Personen.

Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung besteht nur bei Staatsbahnen, Bergwerken und einigen öffentlichen Verwaltungen.

Krankenversicherung fehlt ganz. Jetzt liegt erst ein Entwurf vor.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß bei Einverleibung Westpreußens in Polen der Tiefstand russisch-Polens im Wettbewerb nachteilig wirkt. Die Bodenpreise werden gedrückt, damit viele Hypotheken gefährdet; die Löhne sinken, ebenso der Getreidewert, die Sozialversicherung läßt sich nicht aufrecht erhalten. Es verlohnt sich nicht mehr, die Landwirtschaft auf deutscher Höhe zu halten, oder es ist überhaupt nicht möglich, da das verhezte polnische Volk sich bestrebt, überall die Deutschen durch die mindertwerten Polen zu verdrängen. Als Handlanger sind die Deutschen willkommen, aber die Früchte wollen die Polen.

Danzigs Lage zu Polen läßt sich vergleichen mit der Rotterdams zu seinem Hinterlande. Wie Rotterdam an der Rheinmündung, so liegt Danzig an der Weichselmündung; wie Rotterdam politisch von seinem Hinterlande, dem deutschen

Rheingebiet, getrennt ist, so Danzig von Polen. Wäre es nicht vorteilhafter, Danzig gehörte auch politisch zu seinem Hinterlande? Es hätte dann die Lage Hamburgs, das als Hafen das ganze Ost- und einen Teil des Ostseegebiets umfaßt. Hamburg mit 23 Millionen Tonnen (1911) ist mit Antwerpen der größte Hafen des europäischen Festlandes. Aber Rotterdam mit 21 Millionen Tonnen (1911) reicht außerordentlich nahe heran, dabei hat es Antwerpen noch als Mitbewerber. Diese Häfen erhalten ihre Bedeutung durch die geordneten Zustände im Hinterlande, durch die Emfänglichkeit der Bevölkerung, einer Bevölkerung, die Handelswerte schafft, die eine gewisse Wohlhabenheit errungen hat und mit ihr Bedürfnisse, welche der Handel befriedigen muß. Das polnische Hinterland Danzigs hingegen ist arm, nicht zur Arbeit erzogen, es schafft wenig Werte, hat geringe Bedürfnisse. Dies zu ändern, ist Danzig nicht in der Lage, sollte es gleich zu Polen gehören. Denn nicht von der politischen Zugehörigkeit hängt die Blüte eines Seehafens ab, sondern von dem Fleiß, dem Wohlstande und den Bedürfnissen seines Hinterlandes.

Westpreußen ist im preukischen Staat eine arme Provinz. Sowohl an Einkommensverhältnissen wie an Vermögen hält sie sich an der untersten Grenze im Staat. Unter den zwölf Provinzen, dem Stadtkreis Berlin und den Hohenzollernschen Landen steht Westpreußen mit dem Erträgnis der Einkommensteuer auf den Kopf der Bevölkerung an vorletzter, mit dem der Ergänzungssteuer an letzter Stelle.

Während im preukischen Staate von 1000 Einwohnern (1912) 397 ein Einkommen bis zu 900 Mark jährlich hatten, kamen im Regierungsbezirk Danzig auf 1000 Einwohner 569, im Regierungsbezirk Marienwerder gar 654, also gut zwei Drittel. Etwa ein Drittel der Bevölkerung hatte mehr als 900 Mark Einkommen. Zur Erfüllung ihrer Kulturaufgaben muß die Provinz deshalb vom preukischen Staat beträchtliche Zuschüsse erhalten. 16,6 Millionen Mark wandte Westpreußen 1911 für die Volksschulen auf, dazu gab der Staat mehr als die Hälfte: 8,5 Millionen Mark. Volks-, Mittel- und höhere Schulen erforderten einen Aufwand von 21,614 Millionen Mark, davon allein 10,111 Millionen aus Staatsmitteln. Die Zuschüsse, die der Provinzialverband für seine Ausgaben 1908 erhielt, beliefen sich auf 3,2 Millionen Mark, fast die Hälfte seiner Gesamteinnahmen.

Solch reiche Unterstützung ist nur möglich, weil die westlichen Provinzen (Brandenburg, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau, Rheinprovinz und der Stadtkreis Berlin) dem Staate durch ihren Reichtum hohe Einnahmen geben.

Würde Westpreußen polnisch, so fielen der hohe preukische Staatszuschuß fort. Aus eigenen Mitteln kann es seine Kultur nicht erhalten, geschweige gar ausbauen. Und diese ungenügenden eigenen Mittel hätte es nicht einmal für sich zur Verfügung. Es müßte davon reichlich abgeben. Denn im polnischen Staat wäre Westpreußen eine der reichsten Provinzen. Das Geld, das hier vom Staat herausgeholt würde, müßte dazu dienen, die polnischen Gebiete in die Höhe zu bringen, dort Verkehrswege zu bauen, die Wasserwege herzurichten, Schulen zu gründen, den Polen zu Wohlstand zu verhelfen; denn aus eigenen Mitteln können sie es nicht. Und dazu bürdet uns die Entente eine Milliarden-schuld auf, die der polnische Staat zu tragen nicht hilft! Durch Waffenstillstandsvertrag ist das gesamte deutsche Staatsvermögen beschlagnahmt. Alles Staatseigentum (Bahnen, Straßen, Gebäude, Schulen, Hochschulen) bürgt der Entente. Sie duldet keine Vereinträchtigung, und sie hat die Mittel, die Bezahlung bei der Abtrennung Westpreußens zu erzwingen.

Westpreußen muß diese Schuld mitnehmen!

Ohne Staatszuschuß, der eigenen ungenügenden Mittel zum Teil beraubt, mit hohen Schulden belastet, ginge Westpreußen unter polnischer Herrschaft zugrunde, ehe die aufbauende Tätigkeit in Polen Früchte brächte.

Denn die Erziehung einer Bevölkerung zur Arbeit erfordert Jahrhunderte.

Wie jetzt die reichen preussischen Westprovinzen die ärmeren Ostprovinzen flügen, so müßten, wenn polnisch, die deutschen Ostprovinzen das noch ärmere Polen flügen. Deshalb hauptsächlich begehren die Polen Westpreußen, unser Land.

Durch deutsche Arbeit ist es in fast 150 Jahren zu hoher Blüte gelangt. Jetzt kommt der Pole, jetzt sich ins warme Nest und gibt euch einen Fußtritt. Ihr dürftet säen, die Polen wollen ernten.

## Wohin gehört der Nezedistrikt?

(Fortsetzung und Schluß aus Nr. 8)

### II.

**Naturrechtliche Zugehörigkeit.** Seit Ausgang des achtzehnten Jahrhunderts tritt neben die staatsrechtliche Auffassung der absolutistischen Zeit, die das Staatsgebiet als freies Eigentum des Fürsten ansah, eine neue naturrechtliche, die ihren Ausdruck findet in der Formel, daß die Bevölkerung eines Landgebietes über ihre staatliche Zugehörigkeit selbst zu bestimmen habe. Es ist die Formel, die sich Wilson für die Friedensverhandlungen zu eigen gemacht. Wohin würde der Nezedistrikt danach gehören? Die Frage ließe sich genau nur durch eine Volksabstimmung beantworten. Eine solche hat bisher nicht stattgefunden. Es läßt sich aber ohne Schwierigkeit mit ziemlicher Sicherheit berechnen, wie sie ausfallen würde. Nach der letzten Volkszählung vor dem Kriege, der von 1910, zählt der Regierungsbezirk Bromberg 50 Prozent Deutsche, 49,91 Prozent Polen. Nun fällt der Regierungsbezirk Bromberg nicht ganz mit dem eigentlichen Nezedistrikt zusammen, umfaßt vielmehr erhebliche südlich davon gelegene Gebietsteile, die eine stärkere polnische Bevölkerung aufweisen als die nördlichen. Es würde sich also für den eigentlichen Nezedistrikt das Prozentverhältnis zugunsten der Deutschen verschieben. Das voraussichtliche Ergebnis einer Abstimmung darf nun aber nicht aus der Bevölkerungszahl schlechthin berechnet werden, sondern aus der Zahl der Stimmberechtigten. Danach ergibt sich noch eine weitere Verschiebung zugunsten des Deutschen. Im Jahre 1900 kamen auf das Tausend der in Preußen nach Nationalität gezählten Bevölkerung Personen unter 15 Jahren bei den Deutschen 352,1, bei den Polen 407,5. Die Polen haben also hier

einen Vorsprung von 55,4. Im Alter von 15 bis 80 Jahren sind auf je 1000 vorhandenen 643,0 Deutsche, 586,8 Polen. Hier haben die Deutschen also einen Vorsprung von 56,2 gewonnen, der bei der Stimmgabe naturgemäß zum Ausdruck kommen muß und auch tatsächlich zum Ausdruck kam. Es waren bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1912 im Regierungsbezirk Bromberg vorhanden Wahlberechtigte 146 061, abgegeben wurden deutsche Stimmen 68 704, polnische 50 855. Von der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen entfallen mithin auf die Deutschen 57,4 Prozent gegen 50 Prozent der Bevölkerung, auf die Polen 42,5 Prozent gegen 49,91 Prozent der Bevölkerung. Eine Fälschung des Wahlergebnisses ist niemals erwiesen, der Beweis dafür auch nicht einmal versucht worden. Eine Wahlbeeinflussung mußte bei den 1912 schon vorhandenen weitestgehenden Sicherungen der geheimen Stimmgabe wirkungslos bleiben. Die Erscheinung erklärt sich auch ohne weiteres aus der durch die Volkszählung erwiesenen Tatsache, daß die polnische Bevölkerung bis zur Erreichung des Stimmrechtsalters wesentlich stärker abnimmt als die deutsche, und diese Tatsache wieder findet ihre Erklärung darin, daß ein großer Teil der polnischen Bevölkerung eine wesentlich ungünstigere Lebenshaltung hat als die deutsche, daß infolgedessen bei jener die Kindersterblichkeit größer ist als bei der deutschen. Wird das Stimmrechtsalter bis zum vollendeten zwanzigsten Lebensjahre herabgesetzt, so würde allerdings wieder eine Verschiebung zugunsten der Polen eintreten. Sie würde aber nur geringfügig sein. Die Erteilung des Stimmrechts an die Frauen dürfte an dem Prozentverhältnis kaum etwas ändern. Geboren werden ja allgemein mehr

männliche als weibliche Kinder. In Kulturstaaten ändert sich nun allerdings das Verhältnis sehr bald so, daß schon unter den Zwanzigjährigen ein Überschuß von Mädchen vorhanden ist. Das trifft aber nicht zu auf Gebiete mit überwiegend ländlicher Bevölkerung, wie sie der Regedistrikt aufweist. Hier dürfte bis zur Vollendung des zwanzigsten Lebensjahres allerhöchstens ein Ausgleich im Verhältnis der Geschlechter eintreten. Es würde mithin, wie behauptet, die Erteilung des Stimmrechts an die Frauen das Prozentverhältnis der Stimmen nicht beeinflussen. Auch die zuletzt angegebenen Zahlen gelten für den ganzen Regierungsbezirk. Eine Berechnung für den eigentlichen Regedistrikt würde auch bezüglich der Stimmenzahl eine wesentliche Verschiebung zugunsten des Deutschtums ergeben. Von den zum alten Regedistrikt gehörigen Kreise haben Deutsch-Krone, Flatow, Filshe, Czarnikau, Kolmar, Wirsig und Bromberg über 50 Prozent deutsche Bevölkerung, Schubin und Hohenfalka über 40 Prozent. In den Städten steigt die deutsche Bevölkerung auf über 80 Prozent, desgleichen ist die eigentliche Neke wie die Grünfließ-Niederung fast rein deutsch besiedelt. Ergab schon eine Abstimmung im ganzen Regierungsbezirk 57,4 Prozent deutscher Stimmen, so muß man auch bei sehr vorsichtiger Schätzung annehmen, daß bei einer Abstimmung über die staatliche Zugehörigkeit im eigentlichen Regedistrikt mindestens 60 Prozent aller Stimmen für das Deutschtum abgegeben würden, in der Neke und Grünfließ-Niederung einschließlich der daran liegenden Städte und Brombergs sicher über 80 Prozent. Es kann mithin gar keinem Zweifel unterliegen, daß dieser Distrikt nach den Wilsonschen Grundsätzen als zu Deutschland gehörig angesehen werden muß. Ihn den Polen zuzusprechen zu wollen, bedeutet für Wilson einen Schlag ins Gesicht.

Von polnischer Seite wird eingewendet, die deutsche Bevölkerung sei nicht bodenständig, sei eingewandert. Ganz gewiß ist sie eingewandert. Aber diese Einwanderung hat bereits vor annähernd 7000 Jahren begonnen, und eine Bevölkerung, die so lange auf demselben Boden sitzt, darf wohl als bodenständig bezeichnet werden. Dem

Schreiber dieser Zeilen ist eine Reihe deutscher Bauernhöfe bekannt, die seit mehr als 200 Jahren nachweislich in derselben Familie vererbt worden sind. Die meisten deutschen Bauernhöfe sind ja in neuerer Zeit modern aufgebaut. In fast allen deutschen Dörfern finden sich aber auch noch Jahrhunderte alte Holzhäuser, und auch sie zeigen schon rein niederdeutsche Bauart. Wohnung und Stall finden sich unter demselben Dach. Fast durchweg sieht man bei den deutschen Höfen uralten Baumschlag, was sich bei polnischen nie findet. Die Städte sind alle nach deutschem Recht gegründet, und ihre Gründungsurkunden zeigen Daten aus dem dreizehnten, vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert. Die deutsche Bevölkerung des Regedistrikts muß also zum sehr großen Teil als durchaus bodenständig angesprochen werden. Auch in dieser Hinsicht ist der Distrikt naturrechtlich zweifellos deutsch.

Einen ganz eigenartigen Beweis für die Alleingefessenheit der hiesigen deutschen Bevölkerung liefert noch ihre Sprache. In den Städten wird ja ein reines Hochdeutsch gesprochen, auf dem Lande aber durchweg Plattdeutsch, und zwar ein Platt, das vielfach sehr viel ältere Sprachformen zeigt, als man sonst in niederdeutschen Gegenden findet. So altes Sprachgut kann sich naturgemäß nur halten bei einer schon lange eingewessenen und vom Ursprungsgebiet ihrer Sprache getrennten Bevölkerung. Auch altes Lied- und Spruchgut findet sich in der Bevölkerung des Nekegebietes noch in viel größerer Menge als im übrigen Niederdeutschland. Es gelang hier in ganz kurzer Zeit, über 700 Texte alter Volkslieder zu sammeln, die zum Teil sehr alte Form zeigten, ein Beweis für das unverfälschte Deutschtum ihrer Bewohner und für die Länge der Zeit, die seit deren Aus- bzw. Einwanderung notwendigerweise verfloßen sein muß.

### III.

**Kulturelle Zugehörigkeit.** Die Entscheidung über staatliche Zugehörigkeit eines Landgebietes mit gemischter Bevölkerung wird nicht von dem Zahlenverhältnis der Bevölkerung allein abhängig sein können. Man wird notwendigerweise fragen müssen, was haben

beide Nationalitäten kulturell für dieses Gebiet geleistet? Ein sittliches Recht kann sich auch ein Volk erst durch seine Arbeit gewinnen. Wie fanden nun die Deutschen den Nezedistrikt vor und was haben sie aus ihm gemacht? Vom dreizehnten bis achtzehnten Jahrhundert wurden deutsche Bürger und Bauern von den polnischen Königen in diese Gegenden geholt, um ihnen ihre höhere Kultur zu bringen, um sie durch diese höhere Kultur ertragsfähiger zu machen. Es war ja keine nationale Vorliebe, die die polnischen Könige und Herren die Deutschen rufen ließ; es war ganz nüchterne wirtschaftliche Berechnung. Und die Rechnung trog nicht. Der deutsche Bauer brachte den Boden in weit höhere Kultur und steigerte seine Rente um das Mehrfache, der deutsche Handwerker ermöglichte eine Erhöhung der Lebenshaltung, der deutsche Kaufmann belebte Handel und Wandel. Die wirtschaftliche und kulturelle Blüte Polens fällt zusammen mit der Blüte der deutschen Siedelungen. In den inneren Wirren Polens, in den Schwedenkriegen ist diese Blüte zugrunde gegangen, und mit ihr geht auch vieles von der deutschen Kultur zugrunde. Nur einige alte Baudentmäler zeugen noch davon. Was aber an alten Baudentmälern vorhanden ist, das zeigt durchweg deutschen Charakter. Man darf ruhig behaupten, daß es in Preußisch-Polen Denkmäler spezifisch polnischen Charakters überhaupt nicht gibt. Selbst in Gnesen habe ich mich vergeblich bemüht, solche zu finden. Es kommt dann die preußische Besitzergreifung von 1772, und mit ihr setzt eine neue deutsche Kulturarbeit ein, eine Kulturarbeit größten Stils. Das ganze Gebiet des Nezedistrikts befindet sich damals in einer Verwahrlosung, von der wir uns heute kaum eine Vorstellung machen können. Selbst eine einst so bedeutende Stadt wie Bromberg liegt fast völlig öde, in den kleineren Städten übersteigt die Zahl der „wüsten Stätten“ vielfach die der stehenden Häuser. Eine völlig verarmte Bevölkerung führt ein kümmerliches Dasein. Auf dem Lande ist der Boden durchweg in schlechter Kultur, in den Niederungen vielfach verumpft, weil die Regelung der Wasserläufe gänzlich vernachlässigt war. Schulen gibt es auf dem Lande überhaupt nicht. Die Rechts-

verhältnisse sind allenthalben unsicher, ihre Regelung mannigfacher Willkür ausgesetzt. Da setzt die deutsche Arbeit ein, und in kurzer Zeit schafft sie Ordnung im Lande. Ein Strom deutscher Beamten, Bürger und Bauern wird hierher geleitet und wirkt allenthalben befruchtend. Die Städte werden aufgebaut, die Wasserläufe reguliert, der Goplosee gesenkt, und wo bisher wüstes Sumpfland war, da wird ertragreicher Ackerboden geschaffen. Gewerbe und Handel beleben sich, der Bromberger Kanal wird gebaut, und schon nach ganz wenig Jahren zeigt das Land ein völlig verändertes Aussehen, ist es aus einer Wüstenei Kulturland geworden. Die Bevölkerungszahl hebt sich von Jahr zu Jahr überraschend schnell, Schulen werden allenthalben gegründet und wenigstens einigermaßen ausreichend dotiert, die Rechtsverhältnisse geordnet. Und alles, was geleistet wird, wird durch Deutsche und nur durch Deutsche geleistet. So wird der Nezedistrikt aufs neue kulturell deutsches Gebiet. Es wäre ja unverständlich, wollte man dem Polentum einen Vorwurf daraus machen, daß es sich an dieser Kulturarbeit nicht beteiligte. Man darf nicht übersehen, daß das polnische Volk unter den Schwedenkriegen und unter seinen inneren Wirren länger zu leiden hatte als das deutsche unter dem dreißigjährigen Kriege und daß es in dieser Zeit seine Kräfte zur Kulturarbeit weder verwenden noch entwickeln konnte. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die ganze Kulturarbeit im Nezedistrikt in jener Zeit von Deutschen allein geleistet wurde. Erst gegen die Mitte des vorigen Jahrhunderts haben die Polen begonnen, sich an dieser Kulturarbeit überhaupt zu beteiligen, erst da fangen sie an, den Stand zu bilden, der bei den Nachbarvölkern schon Jahrhunderte vorher der eigentliche Träger der Kultur geworden war, den bürgerlichen Mittelstand. Es ist aller Achtung wert, was sie in der kurzen Zeit auf diesem Gebiete in zielbewußter Arbeit geleistet haben; aber die Zeit ist eben doch viel zu kurz, als daß sie den Vorsprung des deutschen Nachbarvolkes auch nur entfernt hätten einholen können. So haben sie ganz naturgemäß auf kulturellem Gebiet bis heute im Verhältnis zu den übrigen europäischen Kulturvölkern

nur wenig zu leisten vermocht, haben sich mehr aufnehmend als schöpferisch verhalten müssen. So ist auch ganz naturgemäß die Kultur des Regedistrikts bis heute rein deutsch geblieben. Deutsch sind die Bauformen der Häuser, deutsch die Formen des Hausgerätes, deutsch ist das ganze geistige Leben dieses Gebietes. Selbst dem zweifellos begabten polnischen Handwerker ist es bisher nicht gelungen, die alten Formen slawischen Kunsthandwerks neu zu beleben und zu verwerten. Überall im Regedistrikt trifft man deutsches und nur deutsches Kulturgut. Er gehört kulturell zu Deutschland.

#### IV.

**Wirtschaftliche Zugehörigkeit.** Für die Bestimmung der wirtschaftlichen Zugehörigkeit kommt ein Mehrfaches in Betracht: erstens der Besitz an Grund und Boden, zweitens der Besitz an beweglichem Vermögen, drittens der wirtschaftliche Zusammenhang mit den Grenzgebieten. Der ländliche Grundbesitz im Regierungsbezirk Bromberg umfaßte im Jahre 1914 insgesamt 1 086 346 Hektar. Davon waren in deutschem Besitz 714 905 Hektar = 65,81 Prozent, in polnischem 371 441 Hektar = 34,19 Prozent. Auch dieses Zahlenverhältnis verschiebt sich, wenn man die früher nicht zum Regedistrikt gehörigen Kreise ab- und Deutsch-Krone und Flatow zurechnet, wesentlich zugunsten des Deutschtums, würde dann etwa 75 Prozent gegen 25 Prozent betragen; selbst im Kreise Hohensalza beträgt der deutsche Besitz noch 68,33 Prozent. Es ist gerade von polnischer Seite mit Rücksicht auf die litauischen und ostgalizischen Verhältnisse der Grundsatz aufgestellt worden, daß für die Zugehörigkeit eines Gebietes der Grundbesitz mit, ja in erster Linie entscheidend sei. Auf den Regedistrikt angewendet, ergibt dieser Grundsatz mithin ein ihnen sehr ungünstiges Resultat. Noch ungünstiger wird es bei Betrachtung des privaten Grundbesitzes. Für ihn ergibt sich in den einzelnen Kreisen des Regedistriktes ein Verhältnis von 36,84 bis 65,69 Prozent in deutscher und 12,73 bis 41,93 Prozent in polnischer Hand, dabei das den Deutschen ungünstigste Verhältnis im Kreise Schubin mit 48,11 Prozent in deutscher

und 41,93 Prozent in polnischer Hand. Nach dem Maßstabe des ländlichen Grundbesitzes ist also der ganze Regedistrikt zweifellos überwiegend deutsch; dabei ist noch zu beachten, daß der deutsche Grundbesitz sich überwiegend in bäuerlicher Hand, der polnische überwiegend in der Hand von Großgrundbesitzern befindet. In den Städten des Regierungsbezirks befinden sich 67 Prozent der Grundstücke in deutscher Hand, im eigentlichen Regedistrikt wiederum entsprechend mehr, selbst in Gnesen aber noch 51,3 Prozent. Die wirtschaftliche Bedeutung beider Nationalitäten für den Bezirk ergibt sich noch klarer aus den Steuerverhältnissen. Es brachten 1914 im ganzen Regierungsbezirk die Deutschen an Einkommensteuer auf 3 918 359 Mark = 80,65 Prozent, die Polen 940 087 Mark = 19,35 Prozent. Es zeigt sich somit eine ganz gewaltige Überlegenheit der deutschen Bevölkerung in finanzieller Leistungsfähigkeit. Das Verhältnis dürfte sich während des Krieges dadurch etwas verschoben haben, daß die Polen nach Möglichkeit deutsches Metallgeld zurückhielten, das heute einen größeren Wert hat als das Papier. Dem steht aber gegenüber eine größere Beteiligung der Deutschen an den Kriegsgeschäften und damit ein Hereinbringen allerdings nicht so wertvoller, aber größerer Mengen von Zahlungsmitteln. Die Verschiebung dürfte also tatsächlich nur unwesentlich sein. Es zeigt sich auch selbst im Grundstückshandel noch keine Überlegenheit der polnischen Kaufkraft trotz des starken nationalen Antriebs zum Grunderwerb.

Die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit mit den Nachbargebieten ergibt sich für den Regedistrikt aus dem Weichsel-Oder-Wasserweg und der ihm parallel laufenden Bahnstrecke Thorn—Schneidemühl. Fast die gesamte Personens- und Güterbewegung verläuft in der Richtung Ost-West und umgekehrt, setzt also den Distrikt wirtschaftlich an das westliche deutsche Gebiet an. Die von Süden heranführenden Bahnstrecken haben eigentlich nur die Bedeutung von örtlichen Zuführungsstrecken für die Hauptlinie. Einzig von Bromberg aus findet ein lebhafterer Verkehr nach Süden statt, der sich aber in der Hauptsache auch nur bis Rujawien erstreckt, das

von hier aus mit Maschinen versorgt wird und seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse dafür abgibt. Von Osten her kommt vorzugsweise russisches Holz auf der Weichselstraße herein. Das ganze Schwergewicht des wirtschaftlichen Verkehrs neigt sich nach dem Westen hin. So bildet der Nejedistrikt ein von der übrigen Provinz fast abgeschlossenes, jedenfalls ein von ihr ziemlich unabhängiges Gebiet, das eine Loslösung vom Süden der Provinz weit eher ertragen könnte, als eine Absperrung vom deutschen Westen. In jeder Beziehung wird dies Gebiet also wirtschaftlich nur zu Deutschland zu rechnen sein. Deutsch ist es nach dem alten Staatsrecht, deutsch nach modern naturrechtlicher Auffassung, deutsch nach seiner Kultur und deutsch nach seinen gesamten wirtschaftlichen Verhältnissen. Es gibt nichts, schlechterdings gar nichts, woraus ein polnisches Staatswesen Besitzansprüche auf dieses Gebiet herleiten könnte.

Und will man von allem anderen absehen, so gibt es einen Beweis für die Zugehörigkeit des Nejedistrikts zu Deutschland, der schlagender ist als alle anderen. Wäre seine Bevölkerung polnisch, so müßte es den Polen ein leichtes sein, die Aufstandsbewegung auch hierher zu verpflanzen. Gerade am Nejedistrikt bricht sich aber eine polnische Aufstandswelle schon zum zweiten Male. Das

erstmal war es im Jahre 1848. Auch damals fiel den Polen die ganze Provinz zu, der Nejedistrikt hielt sich deutsch. Im Januar 1919 wurde die deutsche Bevölkerung von der polnischen Erhebung unter besonders ungünstigen Umständen getroffen. Sie wurde überrascht zu einer Zeit, als sie noch gelähmt war von dem Eindruck der kurz vorhergehenden verhängnisvollen Ereignisse. Trotzdem haben sich die Bewohner des Nejedistrikts sofort zum Widerstand erhoben, und ihr Widerstand war so nachhaltig, daß die Polen ihn bis heute nicht zu brechen vermochten. Es ist dabei aber keineswegs der Grenzschutz allein, der diesen Widerstand leistet; es sind deutsche Bürger- und Bauernwehren hervorragend an ihm beteiligt. Eine Bevölkerung, die so klar ihren Willen zum Deutschtum bekannnt hat, einem polnischen Staatswesen anzusprechen zu wollen, dürfte ein sehr bedenkliches Unternehmen sein. Sie wird für den Staat nicht nur, dem sie gewaltsam zugeleitet wird, sie wird für den Frieden ganz Europas eine ständige Gefahr. Ja, wer die Stimmung dieser Bevölkerung kennt, der wird kaum Zweifel darüber hegen, daß sie einer solchen Zuteilung an ein polnisches Staatswesen gewaltsam Widerstand entgegensetzen und eher andere, vielleicht bedenklichere Verbindungen eingehen würde als diese von ihr so leidenschaftlich abgelehnte.

## Aus den Deutschen Volksräten

### Richtlinien zur Gründung Deutscher Kreisvolksräte

**Der Deutsche Volksrat.** Alle deutschen Männer und Frauen über 18 Jahre ohne Unterschied des Bekenntnisses, der Parteien und Stände treten zur Deutschen Vereinigung zusammen.

In ländlichen Bezirken schließen sich Ortschaften, die zusammen 150 bis 250 Familien zählen, gruppenweise zusammen. Größere Städte, wie Bromberg, Thorn, Danzig, teile man in entsprechende Bezirke.

Ist die Vereinigung der Deutschen eines Bezirks oder Ortes erfolgt, so wird zur Wahl des Volksrates dieser Vereinigung geschritten. Es werden je nach der Größe dieser Vereinigung drei und mehr Volksratsmitglieder gewählt, und zwar möglichst aus allen Berufen.

Auf dem Lande wählt man Vertreter des bäuerlichen und großen Grundbesitzes, landwirtschaftliche Arbeiter, Gewerbetreibende und Lehrer oder Pfarrer, sowie Beamte und Angestellte.

In der Stadt müssen vertreten sein: Der Kaufmann und Industrielle, der kleine Ge-

werbetreibende, die freien Berufe, alle Kategorien der Beamtenschaft und der Angestellten, der Handwerker, der Arbeiter und der Heeresangehörigen. Nach vollzogener Wahl des Volksrats entfernen sich die Erschienenen bis auf die Gewählten. Diese wählen nun aus ihrer Mitte einen Obmann, derselbe ist gleichzeitig Kreisdelegierter, außerdem werden je nach der Größe der Bezirke ein bis zwei weitere Kreisdelegierte gewählt.

Diese Kreisdelegierten bilden den Kreisvolksrat. Die Verhandlungen des Kreisvolksrats sind öffentlich. Sobald es der Fortschritt der Organisation im Kreise gestattet, versammeln sich die Kreisdelegierten und wählen sich einen Obmann und 11 Mitglieder, die zusammen den Arbeitsausschuß bilden. Den Mitgliedern des Ausschusses sollen Reisekosten und Aufwendungen ersetzt werden.

Der Kreisvolksrat unterhält ein ständiges Bureau, das von einem Schriftführer verwaltet wird, der nach Möglichkeit besoldet ist. Es ist zu erstreben, einen Schriftführer im Hauptamt anzustellen.

Zur Schaffung eines Kreisvermögens zählt grundsätzlich die ländliche Bevölkerung 0,50 Mark pro Morgen, Gewerbetreibende, Beamte, Arbeiter einen entsprechenden Teil ihres Einkommens als einmaligen Beitrag. Für nicht im Erwerb stehende Familienmitglieder braucht ein Beitrag nicht erhoben zu werden. Die Beiträge werden auf ein Konto des Deutschen Volksrats des Stadt- oder Landkreises eingezahlt und bleiben der Verwendung für die Bedürfnisse des Kreises vorbehalten. Ihre Verwaltung erfolgt durch den Kreisvolksrat gemeinsam mit einem „Kassen-Delegierten“ des Zentralbureaus der Deutschen Vereinigung.

**Zweck der Deutschen Volksräte.** Der Grundgedanke der Volksräte ist kein Kind der jüngsten Revolution. Er findet sich bereits in den Schriften des Freiherrn vom Stein, wurde von Fichte und Arndt vertreten und ist von den Sozialdemokraten Adler und Renner in Österreich verwertet worden, um das Deutschtum gegen den übermäßigen Druck des Slawentums zu schützen. Diesem letzten Zweck soll er zunächst in den gemischt-sprachigen Gebieten Deutschlands dienen. Er

soll eine Parallelorganisation zur wohlorganisierten Narda Ludowa der Polen sein. Als solche hat er zunächst folgende Aufgaben:

1. Begründung des sozialen Friedens unter den Deutschen,
2. Kulturelle und wirtschaftliche Förderung der Deutschen,
3. Ausbau einer nationalen Selbstverwaltung,
4. Abwehr gewalttätiger polnischer Übergriffe.

#### **Tätigkeit.**

1. Erweckung und Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls aller Deutschen ohne Unterschied der Partei und des Standes.

2. Überwachung der Maßnahmen der Behörde bezüglich ihrer Wirkung für das Deutschtum.

3. Vorbereitung und örtliche Durchführung von Maßnahmen, die das Deutschtum fördern, den deutschen Besitz und die deutsche Wirtschaft erhalten.

4. Schaffung eines Sprachrohres, durch das auch die Wünsche des kleinen Mannes und der abgelegensten Ortschaften zu den höchsten Behörden dringen.

5. Beseitigung des politischen Urteils durch politische Aufklärung, durch sachliche wirtschaftlich-politische Vorträge unter Ausschluß jeder Parteipolitik.

6. Gewinnung der Frauen zur Betätigung im deutschen Sinne und Anregung zur tätigen Mitarbeit.

7. Pädagogische Vorträge über Jugenderziehung und Gewinnung der Jugend für ideelle Aufgaben.

8. Bevölkerungspolitik nach ethischen Grundsätzen.

9. Aufbarmachung der Ansiedelungsgesetze für das Bedürfnis der deutschen Kriegsangehörigen.

10. Zusammenschluß der Deutschen für die Wahlen im Kreise als Gegengewicht gegen die Polen.

Der Deutsche Volksrat soll den wirtschaftlichen Niedergang der Deutschen gegenüber dem geschlossenen Polentum verhindern, soll alle Deutschen wie in einer großen Familie zusammenschließen, allen Kastengeist vertreiben, allen Ständen Freude an Kunst und

Wissenschaft bringen, und helfen, unser Volk glücklich zu machen.

Solches Ziel ist nur erreichbar nach Überbrückung aller der Hindernisse, die sich trennend zwischen die einzelnen Schichten des deutschen Volkes geschoben haben. Darum keine Sozialistentöterei, keinen Antisemitismus, keine konfessionellen Gegensätze, keine Betonung des Trennenden, sondern immerwährende Betonung aller derjenigen Lebensäußerungen, die uns als Deutsche verbinden.

Die Devise des Deutschtums soll sein:

**Zu Notwendigen Einigkeit  
Zu Zweifelhafsten Freiheit  
Zu Allem Liebe!**

**Die Volkskundgebung in Meseritz.** Auf Veranlassung des Deutschen Heimatbundes Posener Flüchtlinge (Ortsgruppe Meseritz) hatten sich zu einer imposanten Kundgebung am Ostersonntag mittags auf dem hiesigen Marktplatz mehrere tausend Deutsche aus Stadt und Land, die hiesigen Grenzschutztruppen, der Landwehrverband, die Schützengilde, die Feuerwehr und der Eisenbahnverein eingefunden, eine Menschenmenge, wie sie der Marktplatz in Meseritz noch nie gesehen hat. Grenzschutzsoldat Eggert betonte in seiner Rede den Vernichtungswillen der Entente, der durch die Unterstützung der aufständischen Polen besonders kraß zutage trete. Der Durchzug der Hallerschen Armee in französischer Uniform mit französischem Kriegsmaterial empfindet jeder nach dem abgeschlossenen Waffenstillstand als einen Faustschlag ins Gesicht. Der Grenzschutz brennt darauf, den Vormarsch zur Wiedereroberung der Provinz Posen anzutreten und Tausende deutscher Männer würden sich zweifellos anschließen. Leider seien uns aber die Hände gebunden. Die Provinz Posen müßten wir als lebenswichtigen Teil Deutschlands wieder erhalten und deshalb mit allen Mitteln auf Erfüllung des Punktes 13 der Wilsonschen Sätze dringen. Eine Volksabstimmung würde klar erweisen, daß die Provinz kein unbestreitbar polnisches Gebiet im Wilsonschen Sinne sei. Mit den zahlreichen im Grenzschutz stehenden Flüchtlingen würde sicher das ganze Volk zusammenstehen, wenn der Punkt 13 nicht geachtetsterweise zu unseren Gunsten ausgelegt werde.

Bürgermeister Schlüter führt etwa aus: Wir verlangen, daß die Provinz Posen beim deutschen Reiche bleibt. Die Provinz ist deutsches Land, und Punkt 13 wird nicht erfüllt, wenn sie abgetreten wird. Wie würde es uns unter polnischer Herrschaft gehen? Seht euch das Schicksal unserer Brüder im besetzten Gebiet an, hört, was die Geflüchteten erzählen! Sie konnten das Elend nicht mehr aushalten, sie waren ihres Lebens nicht mehr sicher.

Angesehene Posener Bürger sind interniert worden, mit der lügenhaften Begründung, daß die Polen hinter der Demarkationslinie vom deutschen Haß verfolgt würden. Jeder von euch weiß, daß das eine Lüge ist. Das verwaarloste Kongreßpolen soll jetzt mit deutschen Mitteln aus der Provinz Posen wieder aufgebaut werden. Man wird die Deutschen wieder auspressen und wenn sie das letzte hergegeben haben, wird man sie wie eine ausgedrückte Zitrone beiseite werfen. Wir müssen mit ehernem Finger an die Regierungspforte klopfen und rufen: Regierung werde hart! Schütze und schirme deine Kinder, die den heißen Wunsch haben, deutsch zu bleiben.

Unter Glockengeläut und Marschmusik zog sodann die Menschenmenge in einem stattlichen Zuge durch die mit Fahnen reichgeschmückte Straße. Als der Zug wieder auf dem Marktplatz angekommen, sprach Baurat Henschke im Namen des Deutschen Volksrats Meseritz etwa folgendes: Gebt uns die Heimat wieder! Dieser gewaltige Ruf Zehntausender von Flüchtlingen aus der Provinz Posen erschallt heute an der gesamten Posener Front von Thorn bis Breslau. Er darf nicht ungehört verhallen! Und wir alle, die wir die Schmach der Preisgabe der Provinz ebenso tief wie sie empfinden, stehen geschlossen hinter ihnen. In letzter Stunde wollen wir, gestützt auf unser gutes Recht und auf Punkt 13 der Wilsonnote, unseren festen Willen bekunden: Unsere deutsche Heimatprovinz muß deutsch bleiben und darf vom Reiche nicht getrennt werden.

Soldat Kleinschmidt, Mitglied des Zentralsoldatenrats des 3. Armeekorps, führte etwa aus: Die Nichtbefolgung des Punktes 13 würde neues Unglück heraufbeschwören. Deutschland müsse jetzt seine letzte Kraft zum

Wiederaufbau verwenden, jeder einzelne müsse daher das Seine tun, um das Wirtschaftsleben vor dem drohenden Zusammenbruch zu bewahren. Der Redner verlas folgende EntschlieÙung: Der Deutsche Heimatbund Posener Flüchtlinge, Ortsgruppe Meseritz, hat sich unter zahlreicher Beteiligung der einheimischen Bevölkerung von Stadt und Land zu einem großen Demonstrationzüge versammelt und bekundet hierdurch seinen unbeugsamen Willen, die Provinz Posen, seine Heimat, als deutsche Provinz gemäß Punkt 13 des Wilsonschen Programms unter allen Umständen dem Deutschen Reiche zu erhalten. Als deutsche Bürger verlangen wir von der Regierung, daß sie unbedingt dafür eintritt, daß unsere zurzeit verlorene deutsche Heimat beim Friedensschluß wieder mit Deutschland vereinigt wird.

Die EntschlieÙung wurde unter lebhaften Zurufen einstimmig angenommen und an die maßgebenden Stellen telegraphisch gesandt. Nach dem Gesang von Deutschland, Deutschland über alles, ging die Menge auseinander.

In einer Sitzung der Deutschen Volksräte des Südgauces der Provinz Westpreußen wurde folgende EntschlieÙung angenommen und an den Reichswehrminister sowie an die Waffenstillstandskommission gesandt:

„Durch aufreizende Reden setzte sich General Haller wiederholt über die Bedingungen betr. Durchzugs polnischer Truppen durch deutsches Land hinweg. Die Demarkationslinie wird polnischerseits nicht beachtet. Die Entente hat offenbar nicht die Macht oder den Willen, dagegen einzuschreiten. Die Südtreise der Provinz Westpreußen sind aufs äußerste erbittert und erregt und begreifen das Schweigen der Regierung nicht. Wir fordern mit allem Nachdruck und Ernst, einmütig und entschlossen: Haller muß unter allen Umständen gezwungen werden, Provolationen jeglicher Art auf deutschem Hoheitsgebiet zu unterlassen, der Transport polnischer Truppen und Munition muß auf deutscher Straße unverzüglich eingestellt und ganz Deutschland zum Schutze der Ostprovinzen aufgerufen werden. Erfüllt die Regierung diese Forderung, die für uns und ganz Deutschland Sein oder Nichtsein bedeutet, nicht, dann trägt sie allein die Ver-

antwortung für alle daraus entstehenden Folgen. Wir erneuern nochmals unseren heiligen Schwur: Wir sind deutsch und wollen deutsch bleiben, wir beugen uns nicht der Gewalt, mag kommen, was da will.

Die Deutschen Volksräte des Südgauces der Provinz Westpreußen.

Telegramm an den Preuß. Minister des Innern.

Nach Fühlungnahme mit den verschiedenen Parteien des Bezirks Bromberg beehrt sich der Deutsche Volksrat, dem Herrn Minister nachstehenden Stimmungsbericht zu übermitteln:

Die bis jetzt bekannt gewordenen Friedensbedingungen haben sogar die pessimistischsten Befürchtungen hier übertroffen. Allgemein äußert sich die Stimmung in Bromberg dahin, daß die Erfüllung der Bedingungen nicht allein unannehmbar, sondern unmöglich ist. Die Bevölkerung Brombergs vermag nicht zu begreifen, wie die Abtrennung dieser rein deutschen Stadt mit den Wilsonprinzipien vereinbar sein soll. Die beabsichtigte Knechtung von Millionen deutscher Volksgenossen unter der faßsam bekannten polnischen Willkürherrschaft ruft Abscheu und Empörung hervor. Die Bevölkerung ist der Ansicht, daß das deutsche Volk schlimmere Bedingungen als die gegenwärtigen selbst bei brüster Ablehnung nicht zu fürchten hätte, ferner daß das von der Entente im Weigerungsfalle angedrohte Schicksal leicht wiege im Vergleich zu dem elenden Leben, das Deutschland aus der Annahme dieses Gewaltfriedens noch fristen könnte. Bromberg ist bereit, bei dem deutschen Volke in allen Folgen, die die Ablehnung des Friedens nach sich zöge, auszuharren und erneuert in dieser schweren Stunde vor aller Welt dieses Bekenntnis zum Deutschtum. Bromberg erwartet von der Regierung, daß sie diese Wünsche aller Welt zu Gehör bringt, wobei sie versichert sein darf, daß sie bei Ablehnung der Bedingungen die gesamte Ostmark geschlossen hinter sich hat.

An das Auswärtige Amt.

Eingehende Fühlungnahme der Vertrauensmänner hiesiger Parteien hat ergeben, daß die Bevölkerung im Regierungsbezirk

Bromberg einmütig die Annahme der schimpflichen Versailler Friedensbedingungen ablehnt. Die angekündigte Verflabung von Millionen Deutscher unter polnischer Willkürherrschaft hat Abscheu und Empörung hervorgerufen. Die Bevölkerung erwartet von der Reichsregierung, daß sie einen derartigen Frieden als unvereinbar mit dem Wilson-Programm und als Vorstufe sicherer Verelendung des gesamten deutschen Volkstums zurückweist. Die Bevölkerung gibt der Regierung das feierliche Gelöbniß, daß sie bereit ist, alle Folgen mitzutragen, die die Ablehnung des Friedens nach sich ziehen könnte.

#### An den Reichswehrminister Noske.

Die Bevölkerung des deutschen Regierungsbezirkes Bromberg hat die Versailler Friedensbedingungen mit Abscheu und Empörung aufgenommen. Sie erwartet von der Reichsregierung, daß sie einen Frieden als unannehmbar von sich weist, der für Millionen deutscher Volksgenossen Verflabung unter polnischer Willkürherrschaft bedeutet. Bromberg ist bereit, gemeinsam mit dem deutschen Volk alle Folgen zu tragen, die die Verweigerung der Unterschrift nach sich ziehen könnte. Gegen jeden polnischen Versuch, vor der endgültigen Regelung der Friedensfrage hier eigenmächtig vorzugehen, wird sich die Bevölkerung mit den Waffen zur Wehr setzen. Sie erwartet, daß die Reichsregierung für diesen Fall alle Vorkehrungen getroffen hat und schleunigst noch treffen wird, um die deutsche Bevölkerung in den bedrohten Gebieten bei diesem Abwehrkampf mit allen verfügbaren militärischen Mitteln zu unterstützen.

#### Deutsche Vereinigung.

Cleinow.

Der deutsche Volksrat für Westpreußen gibt folgende Kundgebung bekannt:

Angeichts der wahnwitzigen Friedensvorschläge erklären wir mit aller Ruhe und Entschiedenheit: Eine Regierung, die auf Grund dieser Vorschläge Frieden schließen wollte, würde die deutsche Bevölkerung Westpreußens nicht anerkennen. Diese Vorschläge bieten noch nicht einmal eine Grundlage für Verhandlungen. Die deutsche Be-

völkerung Westpreußens, die zwei Drittel der Gesamtbevölkerung bildet, nimmt nur einen Frieden an, der den Willen der Mehrheit voll berücksichtigt. Über die Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse Polens läßt sich verhandeln, über das Verbleiben Westpreußens bei Deutschland gibt es keine Verhandlungen. Wir fordern sofortige Maßnahmen für bewaffneten Widerstand.

Deutscher Volksrat für Westpreußen.

An die Reichsregierung, Staatsregierung, Nationalversammlung. Bromberg, 11. Mai 1919. Eine auf Veranlassung der Deutschen Vereinigung heute in Bromberg zusammengetretene Versammlung von Vertretern zahlreicher Provinzzeitungen Posen und Westpreußens beehrt sich, nach eingehender Aussprache folgende Entschließung zu übermitteln:

Die Provinzpresse als Ausdrucksorgan des Volkswillens der engeren Bevölkerungskreise, über deren wahre Meinung sie am unmittelbarsten unterrichtet ist, erhebt im Namen des hinter ihr stehenden deutschen Volkstums feierlichen Einspruch gegen die im Gewaltfrieden angekündigte Losrennung und Zerstückelung der beiden Provinzen. Die deutsche Provinzpresse bis hinunter zu dem mit bescheidenen Mitteln im engsten Wirkungsbereich arbeitenden Blatte wird in diesen schweren Tagen der Entscheidung ihr äußerstes daran setzen, den deutschen Geist auch bei dem geringsten Mann stark und lebendig zu halten und die Widerstandskraft zu stählen. Indem sie vor aller Welt ihr unverbrüchliches Gelöbniß zum Deutschum furchtlos erneuert, verspricht sie, die Bemühungen der Regierung auf Erzielung eines wirklichen Rechtsfriedens mit Einsetzung aller Kraft zu unterstützen, und sie verspricht ferner der Regierung in allem, was da kommen möge, treu zur Seite zu stehen, wenn die Vernichtung der deutschen Volkskraft nicht anders mehr als durch Ablehnung des Gewaltfriedens abgewendet werden könnte. Insbesondere fordern wir die Regierung auf, nun auch in dem ausständischen Teil der Provinz Posen die Reichsgewalt wieder herzustellen, nachdem die anderen Aufstandsherde im Reiche erstickt sind.

Aus Bromberg richtete der Deutsche Volksrat Bromberg und Umgebung folgendes Telegramm an die Reichsbehörden:

„Der Deutsche Volksrat für Bromberg und Umgebung erklärt im Hinblick auf den Vertrags- und Rechtsbruch in den unmöglichen Friedensbedingungen, daß die einzige Antwort auf den unerhörten feindlichen Vernichtungswillen nur ein entschiedenes „Nein“ mit darauffolgendem Abbruch der Verhandlungen sein kann.“

Er fordert von der Regierung, so zu verfahren, und weist darauf hin, daß das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen Brombergs und des gesamten Regedistrikts jetzt

erst recht nur eine Richtung kenne: Wir lassen uns nicht wie Gegenstände oder wie Steine in einem Spiel behandeln. Wir wollen so berücksichtigt sein, wie es der weitaus überwiegenden deutschen Bevölkerung zukommt. Wir wollen deutsch bleiben, denn wir sind es und haben das Anrecht darauf jahrhundertlang erworben. Wir müssen zur Waffe greifen und bis zum letzten Blutstropfen Haus und Heimat verteidigen, wenn der Bogen überpannt wird.

## Pressestimmen

### Deutsche Presse

„Dtsch. Allg. Ztg.“ Nr. 109 v. 1. Mai.

#### Polnische Aufhebung der Polenklausel

##### Fallstricke beim Verkauf deutschen Grundbesitzes.

Das Polnische Schatzamt Posen teilt folgendes mit:

„Eine ganze Reihe deutscher Grundbesitzer, Bauern und Ansiedler, die beabsichtigen, ihre Grundstücke hierorts zu verkaufen und nach Deutschland zurückzuwandern, hat an uns die Frage gerichtet, ob es wahr wäre, daß die polnischen Behörden denjenigen Deutschen, die auswandern wollen, das Barvermögen hier zurückbehalten werden. Wir können erklären, daß dies nicht der Fall sein wird zumal der Verkauf von ländlichem und städtischem Besitz nicht gegen die polnischen Belange verstößt. Im Gegenteil wird man sowohl den Verkauf als auch die Mitnahme des aus dem Verkaufe erlangten Barerlöses keinerlei Ausnahmegesetze unterwerfen. Es ist selbstverständlich, daß nach Aufhebung aller Ausnahmegesetzungen auch die auf Ansiedlungsgütern, Ansiedlungsrentengütern usw. eingetragene Polenklausel binnen kurzem ihre Rechtsverbindlichkeit verlieren wird. Es ist somit den Besitzern von Grundstücken, auf denen die sogenannte Polenklausel lastet, erlaubt, diese Grundstücke an Polen zu verkaufen.“

Aus dem ersten Teil dieser Erklärung geht zunächst einmal hervor, mit welchem Eifer die neuen polnischen Herren in Posen bestrebt sind, die bodenständige deutsche Bauernschaft in Posen zum Verkauf ihres Grundbesitzes zu bewegen, damit sie durch Nachschieben polnischer Elemente die Provinz dann noch stärker mit Polen durchsetzen können. Man wird die deutschen Bauern und Gutbesitzer nur dringend in ihrem eigenen Interesse warnen können, auf den loyalen Ton der polnischen Erklärung hin ihr Land an die Polen zu verkaufen. Eine ganze Anzahl von gewichtigen Gründen spricht dafür, daß die Deutschen, die auf das polnische Anerbieten eingingen, die Geschädigten sein würden. Einmal würde gerade jetzt, wo infolge der Unsicherheit der ganzen politischen Lage, die viele ängstliche Landbewohner deutscher Abkunft bewegt, dem Lande, das deutsche Arbeit in die Höhe gebracht hat, den Rücken zu kehren, und wo nun auch die polnischen Behörden direkt zum Verkauf deutschen Grundbesitzes ermutigen, der Preis, der beim Verkauf des Landes erzielt werden kann, wesentlich niedriger sein als in Zeiten geringen und nicht drängenden Landangebotes. Ein deutscher Bauer, der heute sein Land an die Polen verkaufte, würde es daher zweifellos unter dem wahren Wert bezahlt erhalten. Und ein anderes: Die deutschen Bauern mögen nicht glauben, daß man ihnen die Zahlung in einer Währung leisten werde, die sie in Deutschland

ohne Schaden verwerten können. Bei dem Chaos, das in den polnischen Finanzen herrscht, ist es völlig unglaublich, daß etwaige Landankäufe durch die Polen auch bar bezahlt werden können. Vielmehr werden die Polen hier zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen suchen, indem sie einmal den Deutschen ihr schönes und intensiv bearbeitetes Land ablocken und ihnen dazu Stücke der polnischen Schatzanleihe, für die aus sehr naheliegenden Gründen bei der Zeichnung vom Sparerpublikum keine sehr große Vorliebe gezeigt worden ist, aufhängen. Mit den Stücken dieser polnischen Anleihe aber, die rechtlich überhaupt keine Fundierung besitzt und nach allen aus Posen kommenden Mitteilungen schon längst bedeutend unter Pari gesunken ist, könnten die bedauernswerten Besitzer in Deutschland nicht das Mindeste anfangen. Aber auch wenn die Polen die Beträge in dem seit einigen Tagen in Posen als gesetzliches Zahlungsmittel zugelassenen Kassenscheinen der Polnischen Landesdarlehnskasse in Warschau bezahlten, hätten die deutschen Bauern kein vollwertiges Geld erhalten, denn die gerade jetzt vom polnischen Schatzamt angedrohten außerordentlich hohen Strafen für alle die, die dieses gesetzliche Zahlungsmittel nicht oder nur mit Disagio annehmen wollen, zeigen sehr deutlich, mit welchem starken Mißtrauen selbst die polnische Bevölkerung dem Gelde der Darlehnskasse seit deren Übergang aus der deutschen in die polnische Verwaltung gegenübersteht.

Außerdem aber werden zweifellos die deutschen Bauern und Grundbesitzer mit der Herausführung des von ihnen gelösten Geldes über die Demarkationslinie nicht so leichtes Spiel haben, wie es die außerordentlich wohl-

wollend klingende polnische Erklärung vor- spiegelt. Es besteht nämlich nach wie vor das im März des Jahres erlassene Ausfuhrverbot für Geld und Geldzeichen aus dem von den polnischen Truppen besetzten Gebiet. Die Deutschen müssen also mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß sie nach dem Verkauf ihrer Güter, wenn sie im Vertrauen auf die oben wiedergegebene polnische Erklärung mit ihrem Gelde nach Deutschland gehen wollen, kaltblütig auf die Verfügung vom März verwiesen werden, derzufolge Zahlungsmittel nicht über die Grenze gebracht werden dürfen.

Was die Aufhebung der Polenklauseel betrifft, so ist es ohne weiteres klar, daß eine einseitige Aufhebung des im Grundbuch eingetragenen Vermerks durch Dritte ohne Zustimmung des Berechtigten und des Verpflichteten rechtlich ein Nichtiges darstellt. Die Polen zeigen ihre eigene Unsicherheit in dieser Angelegenheit schon dadurch, daß sie sich in ihrer Erklärung in Widerspruch verwickeln. Im ersten Passus des zweiten Absatzes heißt es, daß es selbstverständlich sei, daß die Polenklauseel „binnen kurzem ihre Wirksamkeit verlieren werde“. Dann aber im nächsten Satze ist bereits davon die Rede, daß schon jetzt der Verkauf von Grundstücken, auf denen die Polenklauseel lastet, erlaubt sei. Das alles zeugt denn doch nicht gerade von Klarheit und Sicherheit. Auch praktisch wird übrigens die Durchführung des Verkaufs dieser Güter auf technische Schwierigkeiten stoßen, deren die Polen vorderhand kaum Herr werden dürften. Kein Grundbuchrichter wird die Verantwortung für die Mitwirkung bei einer Eintragung bieten, die ihn unter Umständen zivilrechtlich haftbar machen könnte.

## Kleine Nachrichten

### Aus den Friedensbedingungen

Die geplante Grenzziehung zu Polen. Von einem Punkt etwa acht Kilometer östlich Neustadt (Schlesien) nach Norden und bis zur Spitze des Vorsprungs der Ostgrenze

des Kreises Falkenberg ungefähr drei Kilometer östlich Buschin: eine auf dem Gebiete östlich von Zuelz zu ziehende Linie, von da die Ostgrenze des Kreises Falkenberg, sodann die Grenze zwischen Ober- und Mittelschlesien, sodann die Westgrenze von Posen bis zur

Wartsch, sodann den Lauf dieses Flusses stromabwärts; sodann Grenze zwischen Kreisen Gohrau und Glogau nach Norden, sodann Grenze Posen gegen Nordosten bis zu ihrem Treffpunkt mit der Grenze zwischen Kreisen Lissa und Fraustadt; von da nach Nordwesten und bis zu einem auf der Straße zwischen den Orten Unruhstadt und Kopnitz festzusetzenden Punkte: eine Linie, die auf dem Gebiete westlich der Ortschaften Geyersdorf, Brenno, Altkloster, Klebel und östlich der Orte Albersdorf, Buchwald, Hgen, Lupitze, Schwenten verläuft; von da nach Norden und bis zum nördlichsten Punkt des Schlosses: eine Linie, festzusetzen auf dem längs der Mittellinie der Seen verlaufenden Raume; wobei indessen die Stadt und Station von Bentzen einschließlich der Linientkreuzung Schwiebus—Bentzen und Züllichau—Bentzen auf polnischem Gebiet verbleiben; von da nach Nordnordost und bis zum Treffpunkte der Grenzen Kreise Schwerin, Birnbaum und Meseritz: eine in dem Raume östlich von Bentzen festzusetzende Linie; von da und nach Norden die Grenze zwischen Kreisen Schwerin und Birnbaum; sodann nach Osten die Nordgrenze des Gouvernements Posen; sodann nach Nordosten die Grenze zwischen Kreisen Pilehne und Czarnikau, sodann den Negelauf flußaufwärts, sodann nach Norden die Ostgrenze des Kreises Czarnikau bis zu seinem Treffpunkte mit

der Nordgrenze Posen von da nach Nordosten und bis zu einem Punkte der Grenze Posen, gelegen am äußersten Vorsprunge ungefähr fünf Kilometer Westnordwest von Schneidemühl: eine in dem Raume festzusetzende Linie; von da die Grenze Posen bis zu ihrem Treffpunkte mit Grenze zwischen den Kreisen Flatow, Deutschkrone; von da nach Nordosten und bis zur Cöte 205 ungefähr fünf Kilometer Westnordwest von Konig: eine in dem Raume ungefähr parallel zur Eisenbahn Schneidemühl—Konig und ungefähr acht Kilometer westlich von dieser festzusetzenden Linie, die im Westen der Orte Annafeld, Gresonse, Friedland, Steinborn, Jenzuit, Riesewanz und östlich der Orte Sakollno, Wengertz, Gursen, Radawitz, Lanken, Damnit, Schlochau (unter Belassung der Eisenbahn Hammerstein—Schlochau—Prechlau), Lichtenhagen, Richnau, verläuft; von da nach Norden die Grenze zwischen den Kreisen Konig und Schlochau; sodann die Grenze Westpreußens bis zum äußersten Norden des Vorsprungs ungefähr acht Kilometer südöstlich von Lauenburg; von da nach Norden bis zur Ostsee: eine Linie in dem Raume östlich der Dörfer Hohenfelde, Saulin, Chottschow, der Mittellinie der östlich dieser Ortschaften gelegenen Seen folgend und über die Cöte 32 ungefähr fünf Kilometer nordnordwest von Osteden verlaufend.